

Nicolas Vial
in: Le Monde

"In der Geschichte sind Innovationen immer von Minderheiten ausgegangen."

Ein "forum"-Gespräch mit André Hoffmann

André Hoffmann, Philosophieprofessor, saß mehrere Jahre als Vertreter der Kommunistischen Partei Luxemburgs im Parlament. Als auf deren letzten Parteitag deutlich wurde, daß sich die Erneuerungskräfte nicht durchsetzen könnten, trat er mit mehreren Gleichgesinnten aus der Partei aus und gründete die "Nei lénk Bewegung", die versucht, die undogmatische Linke neu zu gruppieren, und jüngst beschlossen hat, an den Legislativwahlen am 12. Juni 1994 teilzunehmen. "forum" sprach mit André Hoffmann über seine politische Analyse der Luxemburger Gesellschaft und die Entwicklungen am linken Rand des Parteienspektrums.

"forum": André Hoffmann, Du hattest gestern die Koalition fast gesprengt ...

André Hoffmann: Das ist gewiß übertrieben! Seit Madame Anne Brasseur (DP) 1988 einen Gesetzesvorschlag eingebracht hatte, den Geburtsnamen der Frau auch in den Wählerlisten nicht zu ändern, wurde insbesondere von Seiten der CSV eine Verzögerungstaktik angewandt. Von Wahl zu Wahl, 1989, 1993, 1994 behauptete der Innenminister stets, die Termine seien zu kurz, um noch 'was daran zu ändern. Das ist absolut lächerlich für eine Sache, die eigentlich normal sein müßte und auch unserer Verfassung und den internationalen Konventionen entspricht. Als nun die Regierung bei der Novellierung

des Wahlgesetzes die Frage des Frauennamens von den Neuerungen bei der Briefwahl abtrennte, brachte ich im Kammerplenium den Änderungsantrag ein, das Gesetzesprojekt durch einen Artikel zu ergänzen, in dem ich den Gesetzesvorschlag Brasseur aufgriff, um im Wahlgesetz jenen Artikel zu streichen, der verlangt, daß Frauen unter dem Namen ihres Gatten in die Wählerlisten eingetragen werden. Da innerhalb der LSAP einige Abgeordnete, insbesondere Frauen, damit einverstanden waren, führte das zu einiger Aufregung in den Reihen der Koalition. Das Abstimmungsergebnis entsprach denn für einmal nicht 100%ig den Mehrheitsverhältnissen [Anm. d. Red.: Mit der geschlossenen Opposition votierte Frau Lydie Err (LSAP) für den Antrag Hoffmann,

Auch wenn Alternativen bei Abstimmungen nicht akzeptiert werden, so sind sie doch wichtig für die demokratische Diskussion, sie lösen einen Denkprozeß aus in der Öffentlichkeit und vielleicht bei den anderen Parteien, und nach und nach zeitigen sie Wirkung.

während Frau Erna Hennicot-Schoepges (CSV) und Herr Jeannot Krecké (LSAP) sich der Stimme enthielten. Ansonsten votierten LSAP und CSV gegen den Antrag.]

"forum": *Kann man daraus den Schluß ziehen, daß auch ein isolierter Abgeordneter seine Existenzberechtigung im Parlament hat?*

André Hoffmann: Das würde ich auf jeden Fall bejahen. Nicht nur, weil er es gelegentlich fertig bringt, für ein bißchen Aufregung in den Reihen der Mehrheitsparteien zu sorgen, das bleibt nur Anekdote. Wichtiger scheint mir seine Rolle, Überlegungen ins Parlament einzubringen, die Fragen grundsätzlicher Natur aufwerfen. Sie können auch deutlicher als Mitglieder großer Parteien nach Alternativen fragen bzw. Alternativen entwerfen. Auch wenn solche bei Abstimmungen nicht akzeptiert werden, so sind sie doch wichtig für die demokratische Diskussion, sie lösen einen Denkprozeß aus in der Öffentlichkeit und vielleicht bei den anderen Parteien, und nach und nach zeitigen sie Wirkung. In der Geschichte sind Innovationen nie von Mehrheiten ausgegangen, immer von Minderheiten. Wurden solche Minderheiten zu Mehrheiten - auch das war schon in unserem Jahrhundert zu beobachten -, war es meistens mit dem innovativen Charakter getan.

"forum": *Welche Entwicklungen müßten denn in unserer Gesellschaft initiiert werden? Vor welchen fundamentalen Problemen steht die Luxemburger Gesellschaft? In welche Richtung müßten die Minderheiten initiativ werden?*

André Hoffmann: Meines Erachtens gibt es keine spezifischen Probleme der Luxemburger Gesellschaft, abgesehen von Detailfragen etwa in bezug auf unsere wirtschaftlichen Strukturen, bei denen es in der Tat einige luxemburger Eigenarten gibt. Insgesamt sieht sich die luxemburger Gesellschaft genau denselben Problemen gegenüber wie die gesamte industrialisierte Welt oder sogar die ganze Welt.

Das Wachstumsmodell in der Krise

Dabei handelt es sich um das Problem eines wirtschaftlichen und sozialen Modells, das sich in einer Krisen- und Umbruchsituation befindet. Es genügt nicht, das Stichwort Arbeitslosigkeit zu nennen und zu sagen, diese sei rezessionsbedingt. Die Arbeitslosigkeit ist - nicht nur meines Erachtens - ein Anzeichen des anbrechenden Endes eines Wirtschaftswachstumsmodells, das während mehrerer Jahrzehnte funktionierte, weil Massenproduktion und Massenkonsum übereinstimmten, allerdings auf Kosten der Umwelt, der Biosphäre, der natürlichen Ressourcen einerseits und auf Kosten der kolonialen oder mittlerweile entkolonisierten Länder der sog. Dritten Welt andererseits. Dieses Modell ist am Ende und es wäre illusorisch zu glauben, es genüge Maßnahmen zu ergreifen, um die Rezession abzubauen, und dann könnten wir zu diesem Modell zurückfinden. Das geht nicht aus mehreren Gründen. Das hängt mit der Ausbeutung der nicht unendlichen natürlichen Ressourcen, lies mit der Umwelt zusam-

men, andererseits auch mit der Organisation der Arbeitswelt.

Die Frage stellt sich also, wie Minderheiten diesen Prozeß beeinflussen können. Zunächst müssen sie sich gegen Fertigrezepte wehren, die einfach darauf hinauslaufen, im gesellschaftlichen Interessenkonflikt ein paar Punkte für sich zu verbuchen. Das geschieht nämlich zur Zeit in allen Industriestaaten: Abbau des Arbeitsrechts, Abbau des Sozialstaats, Abbau der Löhne im Rahmen der Krisenbekämpfung. Dann gilt es zu verhindern, daß ein neues Modell entsteht, das vielleicht funktioniert, das aber verbunden ist mit der Ausgrenzung einer größeren Zahl von Menschen, mit einer Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, die zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen führt, ... Ein Modell auch, das durch die Ausgrenzungsphänomene, durch die Demotivierungen, die damit verbunden sind, durch einen ständigen Druck auf die Nachfrageseite sehr instabil ist, das also eher häufiger zu Rezessionskrisen führt.

In welche Richtung müssen wir uns also bewegen? Ich glaube, es ist nicht mehr möglich allein im Rahmen sozialer Fragestellungen zu denken. Die ökologischen Probleme müssen stets mitgedacht werden. Das müssen auch die sich immer noch links nennenden Strömungen bekennen: links ohne grün ist nicht mehr denkbar. Und andererseits ist immer die planetarische Perspektive mitzubedenken. Man kann nicht mehr so tun, als ob gewisse Probleme sich nur in Luxemburg stellten oder als ob sie in Luxemburg lösbar wären. Man kann nicht - aus moralischen und aus sozial-ökonomischen Gründen - eine Beschäftigungspolitik betreiben, die darauf hinausläuft, die Arbeitslosigkeit zu exportieren, oder von der Ausbeutung der Dritten Welt zu profitieren, um bei uns ein gewisses Konsum- und Wachstumsmodell aufrecht zu erhalten. Hier ist eindeutig ein Umdenken erforderlich. Und Umdenken geht stets von Minderheiten aus.

"forum": *Liegt das Problem denn zur Zeit nicht darin, daß wir eher Arbeitslosigkeit importieren als sie exportieren? Wenn bei uns die Arbeitslosigkeit langsam an Bedeutung zunimmt, dann weil ein Arbeitsmarkt im Entstehen begriffen ist, der die Grenzen Luxemburgs überschreitet, d. h. wir sehen uns einer Konkurrenz ausgesetzt, die wir bislang als Land nicht kannten. Vorhin hast Du behauptet, die Eigenarten Luxemburgs fallen nicht so sehr ins Gewicht. Sitzt Du dabei nicht einem alten Denkfehler der KP auf, die immer Theorien hatte, die sie einer Realität überstülpen wollte? Wiederholt sich dieses Schema jetzt nicht mit einer Theorie, die wohl nicht mehr marxistisch ist, sondern neo-keynesianistisch oder wie auch immer sie zu nennen ist, die aber übersieht, daß Luxemburgs Wohlstand darauf beruht, daß gewisse Nischen ausgenutzt wurden, weil - wie andere sagten - "Il faut monnayer notre souveraineté". Wie geht ihr mit diesem Faktor um?*

André Hoffmann: Zuerst: Ich möchte überhaupt nicht den Anspruch erheben, eine Theorie zu vertreten. Ich bin kein Wissenschaftler. Es war eine der großen Fehleinschätzungen der kommunistischen Bewegung zu glauben, auch Parteien könnten eine abge-

schlossene Theorie haben, wie Wissenschaften. Ich bin allerdings nach wie vor der Meinung, daß bei Marx manches zu lernen ist, um die existierende Gesellschaft zu interpretieren und um Alternativen auszudenken. Allerdings nicht im Sinne eines vorgefertigten Modells, was auch Marx nicht gewollt hat.

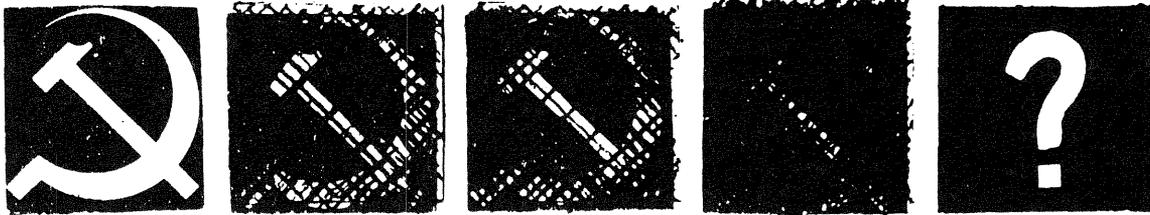
Ich will also auch keineswegs auf Luxemburg eine Theorie anwenden, die dann nicht mit den Realitäten übereinstimmt. Ich wollte nur sagen, daß die grundsätzlichen Probleme, denen Luxemburg sich gegenüber sieht, keine anderen sind als jene, die die sozio-ökonomischen Strukturen betreffen, die auch in Luxemburg gelten. Hinzu kommen natürlich luxemburger Eigenarten, die sich z. B. darin äußern, daß die Arbeitslosigkeit bei uns viel geringer ist. Es stimmt, daß die luxemburger Politik darauf ausgerichtet ist, gewisse Nischen auszunutzen. M. E. haben wir in Luxemburg den gar nicht so seltenen Fall, daß sich in einer Region Anziehungspole herausgebildet haben. Ich denke etwa an Mailand, wo das auch der Fall ist. Bei uns gibt es den Unterschied, daß der Pol von nationalstaatlichen Grenzen umgeben ist, so daß aus unserer Souveränität - soweit es sie noch gibt - gewisse Vorteile herauszuziehen sind.

treten sind, bei denen sich auch moralische und politische Widersprüche ergeben.

Ein Bündnis von rot und grün?

"forum": Du hast vorhin die Verbindung der sozialen mit der ökologischen und planetarischen Problematik betont. War das ein Dissenspunkt mit der KP?

André Hoffmann: Zu den inhaltlichen Ursachen des Dissenses mit der KPL gehörte sicher diese Frage. Nach dem Kongreß von 1990 wurde in der Partei ja viel diskutiert und die Umweltfrage war sicher ein kontroverses Thema, aber nur eines. Das Problem der KPL besteht darin, daß die Geschichte der Partei verschiedene ihrer Mitglieder derart geprägt hat, daß sie nicht imstande sind sich von ihren alten Denkschemen, leider z. T. totalitären Denkschemen, zu lösen. Das gilt selbstverständlich nicht pauschal für jeden, der heute noch in der KPL ist. Das scheint mir das fundamentale Problem zu sein, weil sich daraus auch die Blockierungen in bezug auf inhaltliche Fragen ergeben.



Was ist dazu zu sagen? Die "Neue Linke" ist im Bestehen begriffen; wir haben also noch keine fertigen Konzepte. Doch ich glaube, daß es falsch ist, bewußt mit politischen Mitteln derartige Ungleichgewichte in einer Region zu fördern. Ich frage mich, ob es langfristig nicht sinnvoller wäre, sich für eine gleichmäßigere Entwicklung in der Großregion einzusetzen. Ich frage mich auch - obschon das in Luxemburg immer sehr delikat ist -, ob es richtig war, aus rein finanziellen Gründen, aus Gründen der Finanzierung des Staates, so einseitig auf den Finanzsektor zu setzen und - für den Staat gewinnbringend - auf zweifelhafte Dinge zu setzen wie Steuerflucht, Schwarzgeld, Kapitalflucht aus der Dritten Welt usw. War das verantwortlich oder hätte man stärker auf den Erhalt des industriellen Rückgrats des Landes pochen müssen? Obwohl diese Politik durchaus dem luxemburger Staat erlaubte, gewisse soziale Standards einzuführen oder aufrechtzuerhalten, die andernorts nicht möglich waren, habe ich in der Hinsicht meine Bedenken, weil das Ganze auch auf Sand gebaut sein und zusammenbrechen könnte. Eine Krise im Finanzsektor ist nie auszuschließen. Zudem ist zu bedenken: Die luxemburger Regierung muß gegen eine Quellsteuer plädieren, obschon dabei doch nur zu Niedrigstarifen - solches Geld besteuert wird, das als erstes besteuert werden mußte. Oder die luxemburger Regierung muß das Bankgeheimnis verteidigen, obschon das für mich - sofern es nicht dem Schutz der Privatsphäre dient - eine überholte Institution ist, die es längst nicht mehr geben dürfte. In anderen Worten: Durch diese Ausrichtung der luxemburger Wirtschaft werden wir gezwungen, Positionen zu vertreten, die moralisch nicht mehr zu ver-

"forum": Wenn Du die Wichtigkeit der ökologischen Frage derart betonst, warum dann nicht schlichtweg den Grünen beitreten und eventuell für einen höheren Stellenwert der sozialen Frage im Parteiprogramm der luxemburger Grünen kämpfen?

André Hoffmann: Ich habe in meiner Gastintervention beim Kongreß der Grünen betont, daß es in der Tat eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten gibt und daß die Zukunft nur in einer vielfältigen Zusammenarbeit liegt, nicht in einem organisatorischen Zusammengehen. Ich bin echt überzeugt, daß die Zukunft nur zu gestalten ist in der Zusammenarbeit zwischen der grünen und der erneuerten roten Tradition. Von dieser Zusammenarbeit müssen Impulse ausgehen für die Erneuerung der Gesellschaft und die Mobilisierung der Menschen. Warum kein Zusammenschluß? Es gibt ja Länder, in denen Grüne und erneuerte Rote eine Allianz gegründet haben, etwa in Spanien oder in Italien oder den Niederlanden. Meines Erachtens liegen die Akzente aber noch anders: Auf der grünen Seite wird tendenziell immer noch zuerst grün und dann erst sozial betont, auf der erneuerten Linken hingegen liegt der Akzent immer noch zuerst auf sozial und das Ökologische folgt. Das ist nicht eine Frage inhaltlicher Prioritäten oder chronologischer Vorgehensweise, sondern eine Frage der Sensibilität, des sozialen Umfelds, in dem bestimmte politische Bewegungen verwurzelt sind. Meine Meinung war, daß wir es gar nicht fertigbrächten, sogar wenn wir es wollten, jenes soziale Spektrum, das wir zu erreichen suchen, global zu den Grünen rüberzuziehen, aus psychologischen, sozialen, historischen Ursachen. Daher fand ich es klüger, getrennte Wege zu gehen, aber zu versuchen, gemeinsam ans Ziel zu

**Für eine
Wahlbetei-
ligung sprach
aber die
Tatsache, daß
in Luxemburg
eine
politisch-
gesellschaft-
liche
Bewegung
erst dann zur
Kenntnis
genommen
wird, wenn
sie sich an
Wahlen
beteiligt.**

kommen, dank verschiedener Formen von Zusammenarbeit und Dialog.

"forum": *Wahlpolitisch ist das ein Risiko!*

André Hoffmann: Für uns?

"forum": *Ja, und allgemein für die fortschrittlichen Kräfte des Parteienspektrums. Drei Bewegungen, Grüne, KPL und "Nei Lénk" buhlen um z.T. dieselben Wählerstimmen, vor allem von Protestwählern. Die Gefahr ist gegeben, daß sie sich gegenseitig soviel Stimmen abjagen, daß es für keinen langt, zumindest um eine starke Präsenz im Parlament zu erreichen.*

André Hoffmann: Ich persönlich hätte nichts gegen ein rot-grünes Wahlbündnis gehabt. Unter rot verstehe ich natürlich nur Leute, die zum Umdenken bereit sind; und wer zu diesem Schritt bereit ist, hat ja eigentlich schon umgedacht. Das war aber nicht möglich, aus verschiedenen Ursachen. Die Grünen selbst wollten zur Zeit keine derartige Allianz. Ich kann sie auch verstehen: Sie sehen sich in einer Aufschwungphase, in der sie keine derartige Allianz elektoral nötig haben. Andererseits gibt es bei ihnen auch Leute, die meinen, solche Bündnisse nach links würden zu größeren Wählerverlusten nach rechts oder zur Mitte hin führen. Ich verstehe das. Es gibt auch auf beiden Seiten ein gewisses Mißtrauen gegenüber der jeweiligen andern Seite. Bei den Grünen gibt es das Mißtrauen gegenüber den gewandelten Kommunisten der Neuen Linken, deren Wandlungen noch nicht so recht getraut wird. Und auf der linken Seite - auch bei Sozialisten - gibt es das Mißtrauen, die Grünen sei doch nicht so sozial, das sei nur ein soziales Mäntelchen, das sie sich umhängen. Solches Mißtrauen kann nur im Dialog abgebaut werden.

Was das Elektorale anbetrifft, hegen wir keine Illusionen. Wir beginnen ganz unten, ohne finanzielle Mittel, ohne Presse, ohne große Parteibasis. Es war auch nicht unumstritten, ob wir uns an den Wahlen

beteiligen sollten. Wir laufen sicher Gefahr durch unsere Beteiligung den Eindruck zu vermitteln, doch eine Partei zu sein, die wir ja nicht sein wollen. Wir müssen aber, ganz gleich, welches der Ausgang der Wahlen sein wird, aufpassen, den Charakter einer offenen Bewegung zu behalten. Für eine Wahlbeteiligung sprach aber die Tatsache, daß in Luxemburg eine politisch-gesellschaftliche Bewegung erst dann zur Kenntnis genommen wird, wenn sie sich an Wahlen beteiligt. Es ist dies eine wichtige Gelegenheit, neue Ideen zu verbreiten.

Wir sind schließlich für die repräsentative Demokratie. Die repräsentative Demokratie muß sicher durch Formen der direkten Demokratie ergänzt werden, doch die repräsentative Demokratie hat nicht ausgespielt. Wenn wir je ein Mandat erringen sollten, haben wir auch als kleine Gruppe im Rahmen einer repräsentativen Demokratie durchaus eine Rolle zu spielen - womit wir wieder bei der Ausgangsfrage wären -, um kritische Fragen zu stellen, um Alternativen zu entwickeln, um mit Leuten aus anderen Gruppierungen zu einem Denkprozeß beizutragen, aber auch um - davon war noch keine Rede - eine gewisse soziale Mobilisierung in Gang zu setzen, denn ohne das bewegt sich nichts. Auf politischer Ebene allein bewegt sich nicht viel. Allein mit Argumenten verändert man die Welt nicht. Eine gewisse soziale Mobilisierung ist schon notwendig. Und die ist zur Zeit nicht einfach, nicht nur weil die sozialen Strukturen sich differenziert haben und eine gewisse Entsolidarisierung stattgefunden hat, sondern auch weil in der Krisensituation defensive Reaktionen überhand nehmen. Das sieht man ja in den Kollektivvertragsverhandlungen oder bei der Tripartite.

"forum": *Besten Dank für das Gespräch.*

Das Gespräch wurde am 25. März 1994 von Fernand Fehlen und Michel Pauly aufgezeichnet.